

# Unerwünschter Freidenker

Der Fall des Ukrainers Ruslan Kotsaba zeigt: Auch unter der neuen Regierung droht Kritikern politische Haft

Von Viktor Funk

**MAINZ.** Für die Ehefrau eines Mannes, der sich gegen den Krieg in der Ukraine wendet, wählt Uliana Kotsaba eine sonderbare Metapher, um ihre Unterstützung für Ruslan Kotsaba (unser Bild) zu beschreiben: „Und wenn die ganze Welt gegen dich ist – ich werde hinter dir stehen und dir die Patronen reichen.“ Es sind nicht die eigenen Worte der Frau mit den hellblauen Augen. Sie hatte sie einmal gelesen, lange bevor ihr Mann inhaftiert und nach einem scheinbar nie endenden Gerichtsverfahren am 12. Mai zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war.

Amnesty International nennt den 49-jährigen Ukrainer den ersten politischen Gefangenen der neuen Regierung Petro Poroschenkos. Ruslan Kotsaba ist kein Separatist, kein Deserteur. Glaubt man den Worten seiner Frau, ist er das, was die heutige Ukraine am nötigsten hat: ein kritisch denkender, gegen Korruption, Misswirtschaft und mafiose Strukturen kämpfender Bürger.

Uliana Kotsaba reist zurzeit durch Deutschland. Mit Unterstützung der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen berichtet sie in Mainz, Rostock, Berlin, Köln und Leipzig vom Schicksal ihres Mannes. 1500 Kilometer weiter östlich sitzt der Journalist und Menschenrechtler im Gefängnis von Iwanofrankiwsk in der Westukraine.

Ruslan Kotsaba hatte es gewagt, im Januar 2015 in einem Video-Clip zum Boykott der Einberufung in den Kriegsdienst aufzurufen. Zu jener Zeit wurden wieder Männer für den Kampf gegen Separatisten im Osten der Ukraine mobilisiert. Vielleicht



Angehörige der umstrittenen ukrainischen Freiwilligeneinheit „Aydar“ beerdigen getötete Kameraden.

GARANICH/RTR

hätten die Behörden das Video ignoriert, wenn er nicht viele Feinde im Geheimdienst oder in der Polizei hätte. Seit Ende der 80er Jahre kämpfte er zuerst gegen das Sowjetregime und war Mitglied der ukrainischen Helsinki-Gruppe, dann setzte er sich als Fischereiinspekteur gegen „Wilderer in Uniformen“ ein, war 2004 bei der Orangen Revolution dabei und schließlich als Journalist auch auf dem Maidan. Kotsaba hat viele Feinde.

Als die neue Regierung offen den Krieg im Osten des Landes zu führen begann, statt auf Verhandlungen zu setzen, reiste Kotsaba ins Kriegsgebiet und berichtete, was er sah. Er verurteilte den „Bruderkrieg“ und kritisierte das Vorgehen Kiews. Er machte sich unbeliebt.

Die jetzt vom Gericht verhängte Strafe ist viel niedriger als die 13 Jahre, die die Anklage beantragt hatte. Verurteilt wurde Kotsaba wegen „Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine“, die Anschuldigungen wegen Landesverrats wies das Gericht zurück.

## Zu Tausenden verlassen junge Männer das Land – sie wollen nicht in den Krieg

„Sein Fall soll andere abschrecken“, sagt Uliana Kotsaba. Es geben viele in der Ukraine, die in diesem Krieg nicht kämpfen wollen. Zehntausende Männer sind untergetaucht, nach einem Einberufungsbescheid melden sie sich schlüssig nicht bei der zuständigen

Verwaltungsstelle der Armee oder gehen ins Ausland. Allein in Deutschland beantragten seit dem Ausbruch der Kampfhandlungen im April 2014 mehr als 5000 Ukrainer Asyl, die Hälfte von ihnen Männer im wehrfähigen Alter, viele mit Einberufungsbescheiden.

In der Ukraine selbst gibt es Strafverfahren gegen Deserteure; Geld- und Haftstrafen auf Bewährung sind die üblichen Urteile. Im Januar 2015 wurde ein Kriegsdienstverweigerer zu zwei Jahren Haft verurteilt. „Man kann sich von der Einberufung auch freikauften“, erzählten der FR Deserteure, die in Deutschland Asylanträge gestellt haben. Ihre Chancen auf Asyl sind schlecht, aber sie werden geduldet. Einige haben Arbeit gefunden und dürfen bleiben. Während die Ukraine gut qualifizierte

junge Menschen verliert, profitieren deutsche Firmen davon.

Auch die Familie Kotsaba hätten weggehen können. Doch das war für sie keine Option. „Als die Orange Revolution begann, hat Ruslan seine Sachen gepackt und gesagt, er muss vollenden, was er 1991 angefangen hat“, erzählt Uliana Kotsaba. „Da war unsere erste Tochter sechs Monate alt.“

Zwölf Jahre später sitzt der Mann, der seit seiner Jugend für Demokratie kämpft, hinter Gittern. Seine Verteidiger bereiten sich auf ein Berufungsverfahren vor. „Wir wollen einen sauberen Freispruch“, fordert Uliana Kotsaba. Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens bereitet sie aber auch einen Umzug für sich und ihre Töchter vor. In ihrer Heimat fühlen sie sich nicht mehr sicher.

# Attac wehrt sich vor Gericht gegen Finanzamt

Der Rechtsanwalt der Organisation betont: Politisches Engagement ist mit Gemeinnützigkeit vereinbar

Von Pitt von Bebenburg

Die globalisierungskritische Organisation Attac besteht darauf, dass ihre politischen Aktivitäten mit der Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit vereinbar sind. Das legt der Anwalt der Globalisierungskritiker, Till Müller-Heidelberg, dem Hessischen Finanzgericht in Kassel ausführlich in einem Schriftsatz dar, der von Attac am Donnerstag veröffentlicht wurde.

Anders als von den Finanzbehörden behauptet, verbiete das Gesetz gemeinnützigen Vereinen keine politischen Aktivitäten, sondern schließe lediglich die Förderung von Parteien aus, argumentiert der Rechtsanwalt. Die Förderung gemeinnütziger Zwecke sei „ohne Einflussnahme auf die politische Willensbildung überhaupt nicht denkbar“, schreibt Müller-Heidelberg. Das zeige der Blick auf „unzweifel-

haft gemeinnützige Organisationen“ wie Greenpeace oder BUND, Pro Asyl und Amnesty International. Auch Caritas, Diakonie oder Arbeiterwohlfahrt äußerten sich „selbstverständlich“ zu sozialpolitischen Fragen.

Das Frankfurter Finanzamt hatte Attac vor zwei Jahren die Gemeinnützigkeit aberkannt. Das hat zur Folge, dass Spenden an die Organisation nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden können. Das Amt argumentierte, dass Attac allgemeine politische Zwecke verfolge. Die Förderung des „Gemeinwesens“, der „Solidarität“ und der „Demokratie“, die in der Attac-Satzung verankert sind, seien nicht als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anzusehen.

Dem widerspricht Anwalt Müller-Heidelberg entschieden. „Auch die Förderung der Solidarität gehört zur Förderung des demokratischen Staatswesens“,

## DIE ORGANISATION

Attac ist eine internationale Organisation, die schädliche Folgen der neoliberal geprägten Globalisierung anprangert. Sie kämpft gegen Armut und Umweltzerstörung, aber für eine soziale Steuerpolitik und Bildung.

In Frankfurt sitzt die Deutschland-Zentrale von Attac. Die Organisation hat mehr als 200 lokale Gruppen.

Ursprünglich gründete sich Attac mit dem Ziel, eine Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Der Name Attac ist eine Abkürzung für den französischen Ausdruck dieser Forderung. pit

schreibt er etwa. Attac beruft sich darauf, dass es gleich fünf der 25 gemeinnützigen Zwecke verfolge, die in der Abgabenordnung aufgeführt sind. Neben der „allgemeinen Förderung des demokratischen Staatswesens“

sind dies die Förderung von Wissenschaft und Forschung, von Erziehung, von Umweltschutz und von Völkerverständigung.

## „Restriktiver Umgang“

Die Organisation beklagt, dass die Finanzministerien im Bund und den Ländern den Finanzämtern einen restriktiven Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement vorschreiben. So beharre das Finanzamt Frankfurt darauf, dass gemeinnützige Organisationen „nur ausnahmsweise zur politischen Willensbildung beitragen“ dürfen. „Für diese Position findet sich keine Begründung im Gesetzeswortlaut“, urteilt Anwalt Müller-Heidelberg.

Nach Auffassung des Juristen ist die Abgrenzung zwischen Gemeinnützigkeit und politischer Tätigkeit lediglich vertretbar, um die „einseitige steuerliche Förde-

rung bestimmter Parteien“ zu verhindern. Gemeinnützig blieben hingegen „politische Betätigungen von gemeinnützigen Körperschaften, die nicht parteipolitisch motiviert sind“.

Dirk Friedrichs vom Vorstand des Attac-Trägervereins sagte, für die Demokratie sei eine streitbare Zivilgesellschaft unabdingbar. „Wir verteidigen das Gemeinwohl gegenüber den mächtigen Einzelinteressen der Banken und Konzerne. Das ist politisch – und gemeinnützig.“

SPD und Grüne sind davon überzeugt, dass Attac die Gemeinnützigkeit zusteht, und suchen eine Lösung. Es gilt aber als wahrscheinlich, dass die Politik die Entscheidung des Finanzgerichts abwartet, ehe sie eine Gesetzesänderung ins Auge fasst. Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) hatte der FR mitgeteilt, er würde Initiativen im Bund „konstruktiv begleiten“. Seite 11